

DIE LINKE.

LANDESVERBAND BREMEN

23. Landesparteitag

24. und 25. November 2018

Antragsheft 3

Anträge zur Tagesordnung

Hinweise zum Wahlprogrammverfahren

weitere Anträge

INHALT:

T – Anträge zur Tagesordnung	Seite 3
Hinweise zum Antragsverfahren zum Wahlprogramm	Seite 4
Vorschlag zur Antragsberatung zum Wahlprogramm	Seite 5
Übersicht über die vom Vorstand zur Debatte vorgeschlagenen Anträge	Seite 6
Übersicht über die vom Vorstand zur Ablehnung vorgeschlagenen Anträge	Seite 7
Übersicht über die vom Vorstand teilweise übernommenen Anträge	Seite 9
A – weitere Anträge an den Landesparteitag	Seite 11

Zusammenstellung: Andreas Hein-Foge

Druck: Landesgeschäftsstelle DIE LINKE. Bremen

T1neu Tagesordnung und Zeitplan

Der Landesvorstand schlägt folgende Tagesordnung vor:

Anmeldung für Delegierte an beiden Tagen	ab 10.00
TOP 1 Begrüßung	10.30
TOP 2 Konstituierung des Landesparteitages	10.40
• Beschluss über die Tagesordnung und den Zeitplan	
• Nachwahlen zur Antragskommission	
TOP 3 Grußwort der Parteivorsitzenden Katja Kipping	10.45
TOP 4 Wahlprogramm	
TOP 4.1 Einführung	11.05
Top 4.2 Behandlung von Änderungsanträgen	11.15
PAUSE	13.30
TOP 4.2 Änderungsanträge Fortsetzung	14.15
Ende des ersten Beratungstages	18.00
Beginn des 2. Beratungstages	10.30
TOP 4.2 Änderungsanträge Fortsetzung	
Rede der Fraktionsvorsitzenden in der Bürgerschaft	
Pause	13.30
▪ TOP 4.2 Änderungsanträge Fortsetzung	14.15
Europakandidatur (dazu Antrag A1)	
▪ TOP 4.3 Beschluss des Wahlprogrammes	15.30
TOP 5 Wahlen	
• TOP 5.1 Bericht der Mandatsprüfungskommission	15.45
• TOP 5.2 Nachwahl von zwei weiblichen Mitgliedern der Landesschiedskommission	
• TOP 5.3 Nachwahl eines Mitgliedes der Landesfinanzrevisionskommission	
• TOP 5.4 Nachwahl eines Ersatzmitgliedes des Bundesausschusses	
TOP 6 weitere Anträge	16.00
TOP 7 Verschiedenes	17.15
TOP 8 Schlusswort	17.59
Ende des Landesparteitages	18.10

Liebe Genoss*innen!

Zum Entwurf des Landesvorstands für das Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl 2019 sind knapp **300 Änderungsanträge** eingegangen. Wir bedanken uns bei allen, die viel Zeit und Mühe aufgewendet haben, damit unser Wahlprogramm so gut wie möglich wird! Für den Parteitag am 24./25.11. möchten wir gerne, dass

- alle Delegierten im Raum immer wissen, wo wir gerade sind und worum es geht;
- wir Fragen, die weniger wichtig sind oder über die wir schon positionsbildend beraten haben, zügig behandeln;
- wir dadurch die Zeit gewinnen, Fragen, über die wir noch nicht beraten haben oder die wir klären müssen, ausführlicher zu behandeln.

Der Landesvorstand hat den größten Teil der Änderungsanträge übernommen oder teilweise (d.h. mit Änderungen) übernommen. Bei 52 Änderungsanträgen schlägt er die Ablehnung vor. Darunter befinden sich auch einige, die sich durch die Übernahme anderer Anträge erledigen, und einige, wo wir uns der Rechtsschreibauffassung der Antragsteller*innen nicht anschließen wollten. Es bleiben **knapp 40 Anträge**, die der Landesvorstand aus mehr oder weniger inhaltlichen Gründen nicht übernommen hat, **plus 3 Anträge**, bei denen sich der Landesvorstand zu keiner Empfehlung in der Lage sieht.

Bei **12 Anträgen** (plus 4 damit verwandten Anträgen) schlagen wir eine zeitlich begrenzte Debatte von 15 Minuten auf dem Parteitag vor. Darunter sind einerseits Anträge, denen wir sehr positiv gegenüberstehen und die Themen behandeln, über die wir bislang nicht so viel gesprochen haben. Zum anderen gehören dazu Anträge, die wir für kontrovers halten und wo eine Klärung durch den Parteitag erforderlich ist.

Rein redaktionelle Anträge, die Grammatik und Rechtschreibung betreffen, hat der Landesvorstand dankend entgegen genommen und übernommen, ohne dass sie in das Antragsheft 2 aufgenommen wurden.

Wir schlagen folgendes Vorgehen auf dem Parteitag vor:

1. Alle Änderungsanträge werden in der **Reihenfolge** der Zeilen behandelt, auf die sie sich beziehen. (Ihr müsst unbedingt das Antragsheft 1 mitbringen, weil man die Änderungsanträge sonst teilweise nicht versteht!)
2. Änderungsanträge, die der Landesvorstand übernimmt oder teilweise übernimmt, werden nur mit der Frage aufgerufen, ob es dazu **Widerspruch** gibt. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, geht es ohne Einbringung, ohne Aussprache und ohne Abstimmung weiter.
3. Änderungsanträge, die der Landesvorstand **nicht** übernimmt, oder deren Übernahme/Teilübernahme widersprochen wurde, werden von den Antragsteller*innen **eingebraucht**. Dann begründet der Lavo seine Empfehlung und danach gibt es die Möglichkeit zu je einer Fürrede und einer Gegenrede. Danach wird abgestimmt.
4. Anträge auf zeitlich begrenzte **Debatte** müssen VOR Eintritt in die Abstimmung gestellt werden. Über Anträge auf Debatte wird NACH der Fürrede/Gegenrede abgestimmt (dann können alle am besten entscheiden, ob sie noch mehr Diskussionsbedarf sehen). Die Dauer der zeitlich begrenzten Debatte beträgt, wenn nichts anderes beantragt wird, 15 Minuten.
5. Bei den bereits vom Landesvorstand zur zeitlich begrenzten Debatte **vorgeschlagenen** Anträgen findet diese automatisch statt, es sei denn, es gibt dazu Widerspruch. In diesem Fall gilt die übliche Reihenfolge: Einbringung, Lavo, Fürrede/Gegenrede, dann Abstimmung ob eine zeitlich begrenzte Debatte stattfindet.
6. Das Präsidium oder die Antragskommission können den Antrag „**Einigungsversuch**“ stellen. In diesem Fall wird die Abstimmung zurückgestellt und der Änderungsantrag zu einem späteren Zeitpunkt aufgerufen, wenn er hoffentlich geeinigt ist. Kommt kein geeinigter Vorschlag zustande, wird über den ursprünglichen Änderungsantrag abgestimmt.
7. Delegierte, denen nicht klar ist, worüber sie gleich abstimmen sollen, sollten dies dem Präsidium kundtun (womöglich sind sie ja nicht die einzigen). Sie können dies z.B. tun, indem sie laut und deutlich das Codewort „**Bahnhof**“ rufen. Präsidium oder Antragskommission erklären das dann.
8. Sind alle Änderungsanträge behandelt, findet die **Schlussabstimmung** über das Wahlprogramm statt.
9. Anschließend geht es in die Kneipe.

Nr.	Gegenstand	Antragst.	Begründung, weshalb Vorschlag zur Debatte
0217	Einrichtung eines stadteigenen Baubetriebs , der tatsächlich auch baut	Kornau u.a.	Wichtige Frage, was genau wir an kommunaler Baukompetenz brauchen. Haben wir bisher noch nicht gemeinsam diskutiert. Die letzte derartige Abteilung (beim Fischereihafenbetriebsverein) ist auch geschlossen.
0423	Kritische Positionierung zur Tagespflege , weil sie auf prekären Arbeitsverhältnissen beruht	Zimmer u.a.	Die Passage im Entwurf (die gestrichen werden soll) fordert, die Arbeitsverhältnisse in der Tagespflege zu verbessern. Über die grundsätzliche Haltung zur TP hat der Parteitag noch nicht diskutiert.
0553 0563-1 0563-2	Pädagogische Ausbildung im Lehramtsstudium stärken Personalgewinnung Schule durch attraktive Arbeitsbedingungen und Demokratisierung Bezahlung aller Lehrkräfte wie Oberstufenlehrkräfte	Schober	Der Parteitag hat sich ausführlich mit dem Schulkonsens befasst. Dabei ging es vorrangig um Fragen der Schulform und der Ausstattung. Die drei Anträge befassen sich mit der Stellung der Lehrkräfte im Reformprozess, worüber der Parteitag bislang nicht diskutiert hat.
0635	Schule anders denken: Mitbestimmung, Unterrichtsformen, keine Noten, Bildungsföderalismus überwinden	Schartenberg u.a.	Auch hier werden Aspekte thematisiert, die in der Schulkonsens-Debatte kaum vorkamen: Schüler*innen-Mitbestimmung, pädagogische Konzepte ...
0682	Der Abschnitt „Sichere Radwege fördern“ soll zu „ Radverkehr fördern“ erweitert werden. Forderung nach neuen Trassen für Radschnellwegesystem	Brönne /Tegeler	Die Radpremiumrouten sind ein Vorzeigeprojekt der rot-grünen Landesregierung. Der Parteitag hat bisher nicht darüber geredet, was unsere Vorstellung dazu ist.
0751	CO2-neutrale Stahlproduktion als Perspektive, Bremische Vorreiterrolle	Pithan	Superwichtig, da die Stahlproduktion einen großen Teil der CO2-Emission im Land Bremen ausmacht. In der Tat existieren bereits klimaneutrale Verfahren. Hatten wir noch nie thematisiert.
0754	Fernwärmeleitung durch Schwachhausen ablehnen, generell Fernwärme kritischer sehen	Schmidt	Muss geklärt werden. Ist die geplante Fernwärmeleitung ein notwendiger Bestandteil des Kohleausstiegs? Gibt es Alternativen? Positionierung?
1000	Novemberrevolution als wesentlicher Bezugspunkt soll Teil der Erinnerungskultur werden	Bernhard	100 Jahre Revolution, Frauenwahlrecht und Räterepublik beschäftigen uns grade stark. Wichtige (neue) Forderung, dass Erinnerungskultur nicht nur mahnen, sondern auch positive Bezüge schaffen soll.
1156	Keine Sanktionen , wenn geringer bezahlte, nicht-tarifliche oder prekäre Arbeit abgelehnt wird	Zimmer u.a.	Auf dem Weg zur Abschaffung der Sanktionen ist es wichtig zu klären, welche Teilforderungen wir erheben und was auf welcher Ebene (Bund, Land, Kommune) dafür als nächstes passieren muss.
1253	Ausweitung oder Aufstockung der drei Pflegestützpunkte in Bremen und Bremerhaven	Tegeler /Brönne	Die konkrete Situation in der Pflege soll thematisiert werden. Wichtig, da das Volksbegehren sich nur mit der Pflege im Krankenhaus befasst.
2558	Alternativen zum Kapitalismus fördern	Restat u.a.	In welcher Weise können wir bereits vorhandene wirtschaftliche Formen stärken, die über den Kapitalismus hinausweisen? Wichtig für uns.
3246 3267-1 3267-2	Schuldenbremse in Landesverfassung nur ganz raus „Einrichtung einer Schulbaugesellschaft “ streichen Gegen Schuldenbremse verstoßen, wenn nötig	Alle drei: Schartenberg u.a.	Soll eine Schulbaugesellschaft geschaffen werden, um die Kredite aufzunehmen, die für den Schulbau nötig sind, oder ist dies eine falsche formalrechtliche Privatisierung? Gibt es Alternativen? Muss geklärt werden.

Übersicht der zur Ablehnung vorgeschlagenen Anträge (und der 5 Anträge ohne Empfehlung)

Nr.	Gegenstand	Antragstell.	Begründung der Ablehnung
0012	Schulen/Flächen/Wohnraum in öffentliches Eigentum	Zimmer u.a.	Sprachlich/inhaltlich unklar (Kapitalismus fördern, öff. Flächen in staatl. Eigentum übergehen). Für Einleitung nicht so geeignet.
0014	„Schlusslicht“ → „Negativspitzenreiter“	OV West	Schlusslicht ist eingeführter Begriff.
0016-2	Verweis auf Schulleistungsvergleiche streichen	Zimmer u.a.	Bei aller Kritik an Tests: Die Realität ist so.
0032	„Familien“ → „Kinder“ die keinen Kita-Platz haben	Zimmer u.a.	Fehlende Kita-Plätze treffen die ganze Familie.
0033	Verweis auf Abschlüsse/Zeugnisse ersetzen	Zimmer u.a.	Es sind die schlechten Abschlüsse, die Menschen Chancen verbauen.
0038	Reale Demokratie durch dezentrale Räte	Schartenberg u.a.	Steht nicht im Grundsatzprogramm.
0077-2	Autogerechte Stadt streichen	Zimmer u.a.	→ Erledigt durch 0077-001
0078	Autogerechte → menschengerechte Stadt	Brönnle	→ Erledigt durch 0077-001
0079	Kostenloser ÖPNV geht nicht mal eben so	Kersting	Wird 0652 ff. behandelt. Für Einleitung nicht so geeignet.
0113-2	„Antifaschismus ist Selbstbewusstsein“ ändern	Höhl	→ Erledigt durch 0113-001
0182	„bezahlbarer“ → „leistbarer“ Wohnraum	Barth	Passt hier nicht. Begriff ist nirgends eingeführt.
0308	Wir sind gegen Reihenhäuser	Brandenburg u.a.	Wir sind für durchmischte Wohngebiete.
0314	Redaktionelle Korrektur	Höhl	→ Erledigt durch 0313-001
0323	Burglesum → Vegesack	Tegeler/Brönnle	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Keine Empfehlung: Fehlen in Burglesum wirklich keine Plätze?
0355	Ziel des frühen Kita-Eintritts streichen	Zimmer u.a.	Früher Kita-Eintritt ist für kindliche Entwicklung sinnvoll.
0432	Rot-grün hat ein absurdes Kita-Beitrags-Modell	Leonidakis u.a.	U3 frei, U6 kostet, Schule frei wäre auch nicht logischer.
0438	Zweiggliedriges Schulsystem schnellstmöglich weg	Schartenberg u.a.	Widerspricht Parteitagsbeschluss Schulkonsens.
0492-2	Antisemitismus „u. religiöser Fundamentalismus“	Brandenburg	1. Verwässerung, 2. Bei A. geht es nicht nur um Religion.
0492-3	A. „u. gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“	Zimmer u.a.	Verwässerung. A. hat herausgehobene Stellung.
0521	Abbezahlen → ab zu bezahlen	Tegeler	Duden sagt's anders.
0537-2	Schulbaugesellschaft braucht volle Transparenz	Höhl	→ Erledigt durch 0537-001
0541	Fachpersonal „durch gute Arbeitsbed.“ gewinnen	Schober	In diesem Teil geht es auch um Ausbildungsplätze.
0569	Freiwerdende → frei werdende	Tegeler/Brönnle	Duden sagt's anders.
0575-2	Inklusion → inklusive Schule	Schober	→ Erledigt durch 0575-001
0599-1	Inklusion → Schulgebäude umbauen	Schartenberg u.a.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Keine Empfehlung: lag durch Kopierfehler dem Vorstand nicht vor
0600-2	Inklusion → inklusive Schule	Schober	→ Erledigt durch 0600-001
0636	Sozialticket mit vergünstigtem Eintritt	Meves	Den Bremen-Pass gibt es schon.
0659	CO2 richtig schreiben	Tegeler/Brönnle	Ist bereits richtig. Tiefgestellte Ziffern verliert das Layout eh.
0854	Gegensatz Freizis – selbstorg. Formen rausnehmen	Barth	Macht Sinn, den Gegensatz zu benennen.
0930	Ein-Euro-Jobs in der Kultur	Tegeler/Brönnle	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Keine Empfehlung: Muss geprüft werden, ob das so häufig ist.
0946	Honorarkräfte: Erwachsenenbildung mit benennen	OV West	Thema ist hier Kultur bzw. Musikhochschule und VHS.

Nr.	Gegenstand	Antragstell.	Begründung der Ablehnung
0948	Fördermittel Musikschule und Weiterbildungseinricht.	OV West	Thema ist hier Kultur bzw. Musikhochschule und VHS.
0953	Nachbarschaftshäuser mit Selbstversorgung	Kornau	Interessant, aber auch problematisch: Bürgerhäuser umbauen, Anbauflächen in Parzellegebieten, staatliche Anleitung zur Selbstversorgung. Stärkung von Koop-Strukturen wäre naheliegender.
0957	Zweiter Bibliotheksbus → „weiterer“ Bibliotheksbus	Strunge	Wichtige Information, dass wir keine Flotte haben, sondern erst einen.
1069	Stattdessen → statt dessen	Tegeler/Brönnle	Duden sagt's anders. (Ist wirklich knifflig.)
1151	Mindestsicherung für alle → für Alle	Tegeler/Brönnle	Duden sagt's anders (alle immer klein, außer „Mein Ein und Alles“)
1241	Vergünstigtes Seniorenticket	Höhl	Nachdem 1240 die Perspektive „kostenlos“ einfügt, passt es nicht.
1252	Sprachlich: „den Ausbau“ streichen	Tegeler/Brönnle	Macht die Sache sprachlich weniger klar.
1272	Volksentscheid Pflege: Stand genauer	Tegeler/Brönnle	Muss hier sowieso raus, gehört nur in Teil Pflege/Krankenhaus.
1273-1	Volksentscheid Pflege: Stand genauer	Tegeler/Brönnle	Muss hier sowieso raus, gehört nur in Teil Pflege/Krankenhaus.
1293	Drogenhilfe hinter Psychiatrie verschieben	Höhl	Vom Kontext her nicht so gut.
1421	Pflegebemessung Bedingung f. Regierungsbeteiligung	Pithan	Strategie für Koalitionsverhandlungen gehört nicht ins Wahlprogramm.
1672	Förderung der Prostitution soll wieder strafbar werden	Zimmer u.a.	Wir wollen nicht hinter das Prostitutionsgesetz 2002 zurück.
1673	P. ist gefährlichster Aspekt der Sexindustrie	Schartenberg u.a.	Sachlich fraglich, z.B. Produktion von Kinderpornografie.
1678	Schwedisches Modell soll Ziel sein	Schartenberg u.a.	Selbsthilfeorganisationen u. Amnesty lehnen das Modell ab.
1685	Migrant*innen werden durch Prekarität in P. gedrängt	Schartenberg u.a.	Zu pauschal formuliert.
1757	Bootsflüchtlinge nicht nach Lybien zurückbringen	Brandenburg u.a.	Passt an dieser Stelle nicht.
1785	„Migrantinnen stärken, die für Frauenrechte kämpfen“	Brandenburg u.a.	Nicht nur die. Passt hier auch nicht hin.
1898	Rassismus beginnt mit unscheinbaren Kleinigkeiten → R. fängt im Alltag an	OV West	Ersetzt eine wichtige, sehr genaue Beobachtung durch eine sehr allgemeine Formel.
1955	Mehr Anerkennungen ausl. Berufsabschlüsse, kostenlose Nachqualifizierung → schnellere Antragsbearbeitung	OV West	Wir wollen, dass mehr Abschlüsse anerkannt werden und dass Nachqualifizierungen für die Betroffenen kostenfrei sind, nicht nur, dass Anträge schneller bearbeitet werden.
2249-1	„keine zuständige Stelle“ Arbeitsaufsicht → „im Land“	Höhl	→ Erledigt durch 2248
2249-2	„keine zuständige Stelle“ Arbeitsaufsicht → streichen	Barth	→ Erledigt durch 2248
2871	„Aushalten, dass hier Erdogan-Fans leben“ streichen	OV West	Das wird nichts helfen.
3407	Beiräte: Bußgelder für Senat → streichen	Höhl/Hesse	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Keine Empfehlung: Muss verwaltungsrechtlich geprüft werden.
3430	Beiräte perspektivisch zu Bezirksparlamenten machen	Hesse u.a.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Keine Empfehlung: Einschätzen, ob das unser Diskussionsstand ist.
3387	Beiräte: Zustimmungsrechte nicht einzeln nennen	Hesse u.a.	Macht Sinn, aufzulisten, worum es denn geht.

Übersicht der Teilübernahmen von Änderungsanträgen

Nr.	Antragstell.	Beschreibung der Teilübernahme	Begründung
0006-1	Tegeler	Sprachlich verändert	
0006-2	Zimmer u.a.	Sprachlich verändert	
0022	Schartenberg u.a.	Übernahme bis auf „eines heruntergesparten Bundeslands“	Sprachlich sperrig + Menschen haben Bedarfe, nicht Land
0080-2	Zimmer u.a.	Sprachliche Alternative	
0098	Zimmer u.a.	Übernahme, aber „verstärkte“ Zuwanderung 2015 bleibt	Ist Realität, dass die Zuwanderung 2015 zunahm.
0106	Tegeler/Brönnle	Nationalsozialismus → NS-Traditionen	Kompromiss, erspart uns die Anführungszeichen-Debatte
0113	OV West	Übernahme, nur rechtsradikal → rechtsextrem	Üblicher Begriff
0118	Höhl	Komma weg, aber Semikolon bleibt	
0122	Schartenberg u.a.	Einfügung statt Ersetzung	Wir wollen beides: Gesell. Mehrheiten + andere Entscheid.
0140	Schartenberg u.a.	Einfügung statt Ersetzung, teilweise umformuliert	„Keine Flächen mehr verkaufen“ soll erhalten bleiben, weil das die Hauptauseinandersetzung derzeit ist. Bei Schrottimmos wollen wir zuerst Zwangssanierung auf Kosten der Eigentümer. Besetzer*innen wollen bleiben, aber nicht alle wollen mit Verträgen legalisiert werden.
0214	Schartenberg u.a.	Ergänzung statt Ersetzung, teilweise umformuliert	Die Senkung der Gewinnausschüttung der GEWOBA soll erhalten bleiben, weil das die Hauptauseinandersetzung derzeit ist. Wie viele kommunale Wohnungen wir brauchen, haben wir bislang nicht diskutiert. Wir greifen aber die Forderung des Aktionsbündnisses nach einem Neubauprogramm für 5000 kommunale Wohnungen auf.
0263	Kornau u.a.	Übernahme bis auf „(innerhalb eines Jahres ab Wahltag 2019)“	Der Zeitpunkt ist nicht realistisch.
0281	Tapking	Einfügung an anderer Stelle	
0429	Leonidakis u.a.	Übernahme ohne „Scheinselbständigkeit und“	Klingt sonst so, als ob alle Tagespflegenden Scheinselbständige wären. Das unterstellen wir nicht.
0454	Barth	Einfügung statt Ersetzung	
0484	Tegeler	Einfügung statt Ersetzung	
0493	Tegeler/Brönnle	Sprachlich verändert	
0791-1	Höhl/Ruland	Einfügung an anderer Stelle	
0869	Barth	Einfügung an anderer Stelle	

Nr.	Antragstell.	Beschreibung der Teilübernahme	Begründung
0925	Tegeler	Übernahme, aber ohne die Umstellung der Reihenfolge	
1016	Tegeler	Sprachliche Alternative	
1042	Leonidakis u.a.	Übernahme ohne „vom Senat finanziertes“	Klingt sonst so, als ob die Senator*innen das zahlen.
1208	Barth	Übernahme nur Satz 3, weil Satz 1 + 2 durch 1203 erledigt	
1273-2	Schartenberg u.a.	Übernahme, aber der ganze Absatz wird nach 1419-1421 versetzt	
1279	Zimmer u.a.	Es wird „im Alter“ durch „bei Pflegebedürftigkeit“ ersetzt	Antrag und Begründungstext schienen irgendwie durcheinandergeraten. Wir haben versucht, dem Sinn des Antrags zu entsprechen.
1352	Höhl	Sprachliche Alternative	
1397	Leonidakis u.a.	Übernahme, ergänzt durch zusätzlichen Halbsatz	Alle Beleghebammen haben aufgehört. Wenn wir die Absicherung der (nicht mehr vorhandenen) Beleghebammen durch die Klinik-Versicherung fordern, müssen wir ergänzen, dass wir dadurch ermöglichen wollen, dass sie zurückkommen.
1950-2	OV West	Ersetzung erst nach 1951 „von Arbeitsausbeutung geworden sind“	Der Bezug auf EU-Bürger*innen und Drittstaatenangehörige, die Opfer von Arbeitsausbeutung geworden sind, soll erhalten bleiben, zentrale Zielgruppe
1952	Port u.a.	Einfügung an anderer Stelle	
2106	Strunge u.a.	Übernahme, aber zieht mit dem geänderten Absatz um nach 1293	Übernahme 1293-001
2125	Höhl	Sprachliche Alternative	

A – Anträge an den Landesparteitag

A1

Antragsteller*innen: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 DIE LINKE. Bremen begrüßt und unterstützt
- 2 die Kandidatur von Heiko Gottschall für die
- 3 Liste der LINKEN zur Europawahl 2019

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

A2

Antragsteller*in: Peter Erlanson, Olaf Zimmer
Wilfried Scharnberg und AKL Bremen

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 **»Sie dachten, sie seien an der Macht, da-bei**
- 2 **waren sie nur an der Regierung«**
- 3 (Angeblich Tucholsky an die Adresse der SPD)
- 4 In Kapitel 5 des Wahlprogrammes steht die
- 5 berechnete Frage: „Bremer Finanzen: Wer be-
- 6 kommt „das ganze Geld“? Gemeint sind damit
- 7 natürlich die ca. 300 Mio. € p.a. die Bremen
- 8 durch den neugestalteten
- 9 Länderfinanzausgleich bekommt.
- 10 Für die nächste Legislatur sind demnach 1,2
- 11 Milliarden € zusätzlich zu verteilen. In einer
- 12 kapitalistischen Gesellschaft bedeuten die
- 13 sprachlich zunächst harmlosen Worte
- 14 „verteilen“ nichts anderes als Klassenkampf.
- 15 Klassenkampf ist zum Beispiel: Die
- 16 besser verdienenden CDU, FDP und Grünen
- 17 Eltern werden sich politisch über ihre
- 18 Parteigrenzen hinaus organisieren und über
- 19 Weser Kurier oder andere Soziale Medien
- 20 Druck machen, damit ihre Schulen, ihre
- 21 Gymnasien, in ihren Stadtteilen bei der
- 22 Verteilung der 300 Mio. € besonders
- 23 berücksichtigt werden. Je nach Kräfteverhältnis
- 24 in der Bürgerschaft, wird sich dann auch zeigen
- 25 was der in der LINKEN umstrittene Schul-
- 26 konsens wirklich wert ist. Es muss sich
- 27 herausstellen, ob die LINKE in einer Dreier-
- 28 Koalition wirklich die Macht hat den
- 29 Schulkonsens umzusetzen, oder ob sich die
- 30 Reichen und Besser verdienenden
- 31 Bremer*innen mit ihren Gymnasien
- 32 durchsetzen.
- 33 Das Kräfteverhältnis in der Bürgerschaft selbst
- 34 wird sich von dem Wahlergebnis und von den

35 daraus folgenden Koalitionen ableiten. Wobei
 36 die Bürgerschaft selber ein Ort des Klassen-
 37 kampfes ist und sein wird. Dabei ist jetzt schon
 38 abzulesen, dass mit jeder Koalition in der die
 39 CDU beteiligt ist, mindestens die Hälfte der 300
 40 Mio. € in die völlig unproduktive Schulden-
 41 tilgung verschleudert wird. Oder in den OTB
 42 oder anderen Prestige-Großprojekte verpulvert
 43 werden.

44 Die LINKE, selbst wenn der prognostizierte
 45 Prognose Höhenflug tatsächlich eintrifft, wird,
 46 mit ihren max. 12-15 %, parlamentarischen
 47 Einfluss nur in einer 3er Koalition erlangen. Ge-
 48 meint ist damit Rot-Rot-Grün. In drei
 49 Legislaturperioden mit Rot-Grün haben wir die
 50 Erfah-rung gemacht, dass beide Parteien alle (!)
 51 sozialausgerichteten Anträge der LINKEN ,bei
 52 einer Supermehrheit (SPD, Grüne, LINKE)
 53 abgelehnt haben. Realistisch gesehen, ist daher
 54 ein Er-gebnis von Koalitionsverhandlungen
 55 wahr-scheinlich, das den drei Koalitions-
 56 Parteien, jeweils gleichberechtigt die
 57 Verfügungsgewalt über 100 Mio. € zuspricht.

58 Damit stehen für die LINKE 100 Millionen € für
 59 politische Schwerpunktsetzung zusätzlich zur
 60 Verfügung. Aber der Sanierungsstau bei den
 61 Schulen, den Kitas, den Hochschulen, den
 62 kommunalen Krankenhäusern, den Straßen,
 63 den Häfen und Brücken beträgt ca. 2,5 Mrd. €.

64 Mit den 300 Mio. € p.a. hätten wir damit noch
 65 nicht einmal die dringendsten Unterfinanzie-
 66 rungen im sozialen Bereich behoben. Das wird
 67 nie, niemals ausreichen!

68 **Was also tun?**

69 Um die o.g. soziale Misere für Bremen und
 70 Bremerhaven wirklich anzugehen ist der Preis
 71 von 100 Mio. € für eine Regierungsbeteiligung
 72 der LINKEN in Bremen weitaus zu wenig!

73 Sieht man sich diese zum Teil richtigen
 74 Forderungen des Wahlprogrammes einmal
 75 näher an, so kann man feststellen, dass wir
 76 selbst bei einer mit 15-20 % wahlarithmetisch
 77 möglichen Regie-rungsbeteiligung, nur
 78 Kosmetik betreiben.

79 Ein solches SPD++ Programm doktert nur an
 80 den Symptomen herum und stellt nicht die Ei-
 81 gentumsfrage, sondern gibt sich mit ein
 82 bisschen mehr Verteilung zufrieden.

83 Für uns Linken in der LINKEN ist das keine
 84 Option. Wir wollen wie Tucholsky den Sozial-
 85 demokraten ins Stammbuch geschrieben hat
 86 die Macht und nicht die Regierung. Wir wollen
 87 kein Stück vom Kuchen abhaben, sondern wir
 88 wollen die ganze Bäckerei!

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	